

Die Zukunftschance: Kommunalisierung statt Globalisierung der Energieversorgung

17. Februar 2006 - Rede zur Energiekonferenz in Frankfurt am Main

Rasant steigende Energiepreise, Stromausfälle im Münsterland, sowie der russisch-ukrainische Erdgasstreit haben in den vergangenen Wochen und Monaten das Thema Energiepolitik immer wieder in das Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt. Und ganz zu Recht, denn eine sichere, wirtschaftliche, preiswürdige und umweltverträgliche Energieversorgung ist das Herzstück einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik für unser Land. Energiepolitik besitzt eine strukturentscheidende Bedeutung für unsere Volkswirtschaft.

Dass dabei in der aktuellen Diskussion von interessierter Seite das Thema Atomstrom ganz nach vorne gestellt wird, verwundert nicht. Schließlich stehen in den kommenden vier Jahren ebenso viele Atomreaktoren vor der Stilllegung. Das lässt offenbar nicht nur die Betreiber, sondern auch den einen oder anderen Politiker und Leitartikler den kühlen Kopf verlieren.

Es ist völlig klar: Der Atomkonsens steht für die Sozialdemokratie nicht zur Disposition. Der Koalitionsvertrag hat dies unzweideutig bekräftigt. Das von uns novellierte Atomgesetz mit seinem Verbot des Neubaus von

Atomkraftwerken und der Festlegung von Reststrommengen für noch bestehende Kraftwerke steht nicht zur Disposition.

Die teilweise absurde Diskussion um Laufzeitverlängerungen und Neubauten darf nicht den Blick auf das Wesentliche verstellen.

Ressourcenschonung, Ressourcenverteilung und Klimawandel stehen ganz oben auf der politischen Agenda und erfordern eine langfristig angelegte, zuverlässige und innovative Energiepolitik. Wir können als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstbewusst unsere bereits in den vergangenen Jahren verfolgte Linie der energiepolitischen Modernisierung vertreten. Sie basiert auf den drei Säulen Energiesparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien.

Beim Klimaschutz darf und wird Deutschland nicht in seinen Anstrengungen nachlassen. Wir sind Vorreiter aus Verantwortung und aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen - aber auch aus wohlverstandem Eigeninteresse. Investitionen in moderne Klimaschutztechnologien schaffen hochinnovative, moderne und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Durch Technologieführerschaft erschließen wir neue Märkte in Deutschland und weltweit. Schon jetzt liegt beispielsweise die Exportquote in der Windkraftbranche deutlich über 50 % - Tendenz weiter steigend.

Bei Wind, Solar und moderner Geothermie haben wir technologische Spitzenstellungen errungen. Die

Biomassenutzung wird auf ein qualitativ neues Niveau gehoben. Moderne und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen werden gefördert.

Die Herausforderung der Zukunft besteht darin, die erschöpflichen und umweltzerstörerischen Energiequellen Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran zu ersetzen. Die Uhr der atomar-fossilen Energieversorgung läuft unweigerlich ab. Und dann schlägt die Stunde der kommunalen Verantwortung. Denn die Alternative zu den herkömmlichen Energien kann effektiv nur lokal und regional verwirklicht werden.

Die Energieversorgung ist eine klassische Aufgabe der Kommunalpolitik. Stadtwerke waren die ersten, die im Rahmen ihrer Aufgabe zur Daseinsvorsorge und auf der Basis ihres Wegerechts mit der Strom- und Gasversorgung begannen und Versorgungsleitungen zur Energieverteilung errichteten. Kommunale Energiebereitstellung wurde grundlegend für die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten. Sie wurde zur Grundbedingung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird mit dem Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien und der Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung mehr Wertschöpfung in die Region holen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Handwerk und in mittelständischen Unternehmen schaffen. Mit der Verminderung der Ausgaben für Erdöl und Erdgas schützen wir das Klima und steigern die Investitionen in heimische Energieanlagen.

So schafft die Investition in Solarstrom- und Solarwärmeanlagen nicht nur im Handwerk, sondern auch in hessischen Unternehmen Arbeitsplätze, wie z.B. bei SMA im Kreis Kassel und Wagner Solartechnik im Kreis Marburg-Biedenkopf. Das Leitbild der „Solarregion Nordhessen“ weist in die richtige Richtung. Die inzwischen über 2.000 nordhessischen Arbeitsplätze in diesem Bereich beschreiben nur den Anfang einer möglichen wirtschaftlichen Entwicklung. In Südhessen hat zum Beispiel die Brundtland-Stadt Viernheim immer wieder neue Anstöße geliefert.

Die Städte und Gemeinden haben in vielfältiger Weise Einfluss auf die Energiepolitik, auch wenn ihre Stadt- bzw. Gemeindewerke nicht mehr Eigentümer der Strom- und Gasnetze sind. Mit der Energieversorgung kommunaler Liegenschaften und der Bauleitplanung stellen sie die Weichen für den Energieverbrauch ihrer eigenen und der privaten Gebäude. So hat die Stadt Vellmar unter sozialdemokratischer Verantwortung mit ihrem Städtebaulichen Solarvertrag Sonnenkollektoren zum Standard in Neubaugebieten gemacht und dafür den Deutschen Solarpreis 2004 gewonnen. Ebenso zeigt das in der Universitätsstadt Marburg erfolgreich angelaufene und von den Kasseler Sozialdemokraten geplante „Butzbacher-Bürgerbeteiligungsmodell für Solarstromanlagen“, dass Kommunen den Einstieg ins Solarzeitalter vorantreiben können.

Das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz des Bundes hat die

Städte und Gemeinden in die Lage versetzt, die verhängnisvolle Abhängigkeit von fossilen Energien zu verringern. Wir Sozialdemokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, sich von den Preisgefahren auf dem Energiemarkt unabhängiger zu machen und gleichzeitig das Klima zu schützen.

Sozialdemokratische Politik hat zum Ziel, den kommunalen Einfluss auf die Energieversorgung zu erhalten und wieder zu stärken. Energiepolitik hat eine wichtige Gemeinwohlfunktion, weil mit ihr regionale Wertschöpfung und der Umweltschutz gefördert werden kann.

Die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren immer neue Hürden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen aufgebaut und verfolgt eine zügellose Politik der Privatisierungen – fast ausschließlich zugunsten der wenigen großen ausschließlich an Profitmaximierung orientierten Energiekonzerne. Damit schadet sie dem Gemeinwohlauftrag der Kommunen und schränkt ihren Spielraum für aktive Beschäftigungspolitik ein.

Aber nicht nur das: Noch 1998 unter sozialdemokratischer Führung wendete das Land Hessen noch knapp 38 Mio. Euro für Klimaschutz und erneuerbare Energien auf. In diesem Jahr sind nicht einmal mehr 6 Mio. Euro eingeplant. Diese hessische Landesregierung orientiert sich eben nicht an der notwendigen Zukunftsvorsorge, sondern steckt vor den Herausforderungen und Notwendigkeiten der Zukunft den Kopf in den Sand.

Ein starkes Ergebnis der Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl ist auch ein Signal gegen die kommunalfeindliche und zukunftsfeindliche Politik dieser CDU-Landesregierung. Im Gegensatz zu CDU (und auch FDP) möchten wir die Rahmenbedingungen für leistungsfähige Stadt- bzw. Gemeindewerke im Energiesektor erhalten und wir wollen auch von Landesebene aus neue Impulse für Klimaschutz und erneuerbare Energien geben.

Um den Energiewechsel voranzutreiben, legt die hessische SPD das Programm „Erneuerung von Städten und Gemeinden durch Erneuerbare Energien“ zur Diskussion vor.